



Landesverteidigungsakademie
Wien

ISRAEL IM „ARABISCHEN FRÜHLING“

Wolfgang Mühlberger und Christian Wurzer

Die als *arabischer Frühling* bekannt gewordenen Umwälzungen hatten nicht nur innenpolitische Auswirkungen auf die arabischen Länder des Maghreb und Mashrek, sondern führten auch zur Veränderung des strategischen israelischen Umfelds. Israel sieht sich infolge der regionalen Tendenzen zu politischer Pluralisierung mit einem zunehmend ablehnenden Umfeld konfrontiert. Insbesondere der Sturz des ägyptischen Langzeitpräsidenten Mubarak sowie die Instabilität Syriens könnten weitreichende Folgen für Israel haben, ohne jedoch zu einer fundamentalen Verschiebung der regionalen Kräfteverhältnisse zu führen. Den arabischen Transitionsstaaten gemeinsam ist ein Aufstieg von Kräften des politischen Islam, welche Israel prinzipiell feindlich gesinnt sind und Bereitschaft signalisieren, die gestiegene Bedeutung der öffentlichen – pro-palästinensischen – Meinung bewusst zu instrumentalisieren.

Länderübergreifende Tendenzen

Eine der zentralen Folgen der Massenproteste des *arabischen Frühlings* ist die gestiegene Bedeutung der öffentlichen Meinung in den arabischen Staaten. Dies gilt nicht nur für jene Staaten, in welchen die autoritären Regime gestürzt wurden und die nun möglicherweise demokratisch-partizipative Strukturen entwickeln könnten. Ebenso sind jene Staaten betroffen, die bislang den inneren Frieden durch soziale Zuwendungen an die Bevölkerung erkaufen konnten (insbesondere auf der arabischen Halbinsel) und weiterhin versuchen werden, ein Überschwappen der Proteste zu vermeiden. Für Israel impliziert dieser Bedeutungsgewinn der öffentlichen Meinung – ob der massiv anti-israelischen Grundhaltung der arabischen Bevölkerungen – sich auf eine noch ablehnendere Umgebung einstellen zu

müssen. Dies gilt derzeit insbesondere für das Verhältnis zum Nachbarland Ägypten und könnte in weiterer Folge auch auf Syrien zutreffen, abhängig von der Entwicklung des Aufstandes.

Der öffentliche Diskurs in den arabischen Staaten war bisher vom israelisch-palästinensischen Konflikt dominiert, auch da die autoritären Regime die innere Repression dadurch begründeten. Dieses legitimierende Element hat jedoch an Zugkraft verloren. Innenpolitische Themenkomplexe wie Arbeitslosigkeit und steigende Lebenshaltungskosten gewinnen gegenüber der Außenpolitik an Bedeutung. Trotzdem wird der israelisch-palästinensische Konflikt weiterhin – insbesondere auch von den Parteien des politischen Islam – zur Mobilisierung instrumentalisiert werden.

IFK Monitor
Mai 2012



Die israelisch-ägyptischen Beziehungen

Die für Israel bedeutendste Lageänderung ergab sich bisher aus dem Sturz des ägyptischen Langzeitpräsidenten Hosni Mubarak. In den knapp 30 Jahren seiner Amtszeit waren er und die ägyptische Armee (seine eigentliche Machtbasis) Garanten für den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag von 1979. Die Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung tritt nach neuesten Umfragen für eine Revision des Vertrages ein. Dennoch erscheint eine solche Revision derzeit unwahrscheinlich. Israel wird jedoch künftig größere militärische und wirtschaftliche Ressourcen zur Sicherung seiner Süd-West-Grenze (durch Zaunbau und Truppenverlegungen) mobilisieren müssen. Eine merkliche Verschlechterung der Sicherheitslage am Sinai ist bereits feststellbar (z.B. Überfall auf Eilat im August 2011, Entführung internationaler Beobachter der Multinational Force and Observers – MFO im Mai 2012).

Israel importierte bis vor kurzem rund 40% seines Erdgasbedarfs um ca. 50% unter dem Weltmarktpreis aus Ägypten. Aufgrund der Sicherheitssituation auf der Sinaihalbinsel wurde die Pipeline bereits mehrfach durch Anschläge unterbrochen. Anfang Mai 2012 wurde der Liefervertrag seitens Ägyptens gänzlich aufgekündigt. Der Hintergrund dafür scheint weniger eine kommerzielle Streitfrage, als eine politische Entscheidung zu sein, weshalb Israel nicht länger mit einer Versorgung durch Ägypten rechnen kann. Dadurch wird die von Israel angepeilte Ausbeutung der Vorkommen im Mittelmeer wichtiger denn je, was jedoch zu Spannungen zwischen Israel und dem Libanon sowie der Türkei führen dürfte.

Ägypten wird über kurz oder lang versuchen, seine unter Hosni Mubarak nicht wahrgenommene Rolle als historische Regionalmacht wieder aufzunehmen. Die Wiederannäherung an den Iran weist in diese Richtung. Auch die israelische Blockade des Gazastreifens ist ohne Zutun Ägyptens nicht

aufrechtzuhalten. Eine Lockerung beim ägyptisch-palästinensischen Grenzübergang Rafah hat bereits stattgefunden, eine weitere ist wahrscheinlich. Dies auch, da die ägyptische Muslimbruderschaft, welche jüngst zur stimmenstärksten ägyptischen Partei avancierte, mit der im Gazastreifen herrschenden Hamas ideologisch verbunden ist.

Eine grundlegende Änderung der ägyptischen Außenpolitik, etwa eine Annullierung des Friedensvertrages mit Israel, ist jedoch kurzfristig trotz steigendem Einfluss von Vertretern des politischen Islam nicht zu erwarten. Ägypten müsste, wie auch Israel, enorme Ressourcen aufwenden. Die vorhandenen Mittel sollten jedoch in die marode Wirtschaft investiert werden, um die Massenproteste aufgrund ökonomischer Härten nicht erneut aufflammen zu lassen. Dabei wird das Militär weiterhin eine zentrale – auch politische – Rolle in Ägypten einnehmen und vor allem in der Außenpolitik mäßigend in Erscheinung treten, nicht zuletzt um die Allianz mit den USA und die damit einhergehende massive amerikanische Alimentierung nicht aufs Spiel zu setzen.

Syrien: Ungewisser Ausgang des Aufstands

Syrien war in der Vergangenheit, trotz des formell andauernden Kriegszustandes und der dogmatisch feindlichen Einstellung zu Israel, in Bezug auf die Sicherheit der Grenze am Golan verlässlich. An den letztjährigen Gedenktagen der arabischen Niederlagen von 1948 und 1967 (Naqba und Naksa) ließ das syrische Regime jedoch einen Sturm unbewaffneter Palästinenser auf die israelische Grenze zu, welchen Israel mit letalem Waffeneinsatz stoppte. Dies gilt außenpolitisch als Warnung des syrischen Regimes vor Instabilität im Falle seines Sturzes, innenpolitisch als Beweisführung für seine pro-palästinensische Haltung.

Israel hätte von einem Regimewechsel in

Syrien kurz- bis mittelfristig jedoch wenig greifbare Veränderungen zu erwarten. Syrien würde feindlich eingestellt bleiben und weiterhin die Rückgabe der von Israel annektierten Gebiete am Golan fordern. Das zu erwartende temporäre Chaos in Syrien würde jedoch negativ auf die innenpolitische Lage in den Nachbarländern, insbesondere des Libanons, ausstrahlen und auch die Stabilität der Grenze am Golan beeinträchtigen.

Langfristig gesehen würde ein Regimewechsel in Damaskus, verbunden mit der Herauslösung Syriens aus seinem Bündnis mit dem Iran, einen strategischen Gewinn für Israel darstellen. Irans indirekte Wirkungsmacht im arabischen Nahen Osten würde dadurch geschwächt, weshalb auch die Golfstaaten (besonders Saudi-Arabien) die syrische Opposition unterstützen. Falls ein neues Regime in Damaskus es für opportun halten sollte, könnten auch die durch Syrien verlaufenden Versorgungswege der libanesischen Hizbollah gekappt werden.

Libanon: Arabische Demokratie in der Zwickmühle

Der *arabische Frühling* hatte nur indirekte Auswirkungen auf den Libanon, da kein autoritäres Regime existiert, das infrage gestellt werden könnte. Die regionale Instabilität wird jedoch durch die im Land vorhandenen pro- und antisyrischen Kreise sowie über aus dem Ausland beeinflusste Gruppen (insbesondere Hizbollah) auf den Libanon übertragen. Der Libanon bleibt in Summe weiterhin kein eigenständiger, souveräner Akteur. Eine Eskalation des israelisch-libanesischen Konfliktes, respektive eine militärische Konfrontation Israels mit der Hizbollah, stehen aufgrund der durch die regionalen Unruhen verursachten Instabilität weiterhin im Raum.

Palästina: Innerpalästinensischer Disput bleibt aufrecht

In den palästinensischen Gebieten bewirkte der *arabische Frühling* einen Versuch zur

Annäherung der beiden verfeindeten Parteien Hamas und Fatah. Ausdruck findet diese im Kairoer Abkommen vom Mai 2011, einer von Ägypten vermittelten Vereinbarung zur Überwindung der Spaltung und zur Abhaltung von Parlamentswahlen. Die Umsetzung des Abkommens bleibt jedoch weit hinter dem Zeitplan zurück. Der Wahltermin wurde wiederholt verschoben. Gegenwärtig nehmen beide Fraktionen eine eher abwartende Position ein. Insbesondere die Hamas erwartet eine durch den Aufschwung des politischen Islam in der Region gestärkte Position.

Auch im israelisch-palästinensischen Verhältnis ist eine wechselseitige Verhärtung der Positionen wahrzunehmen. Israel fühlt sich durch die Umbrüche in der Region verunsichert und legt zunehmend eine passiv-defensive Grundhaltung an den Tag. Gleichzeitig können die Palästinenser auf ein freundlicheres Umfeld und bessere Verhandlungsbedingungen durch den arabischen Wandel hoffen. Vor einer Konsolidierung der Transitionstaaten, insbesondere Ägyptens, einer Klärung der künftigen regionalen Machtverhältnisse und nicht zuletzt der Abhaltung der US-Präsidentschaftswahlen im November 2012 ist jedoch nicht mit Fortschritten im Friedensprozess zu rechnen.

Ob dieser Tatsachen herrscht auf palästinensischer Seite zunehmende Frustration. Die Möglichkeit eines Endes des bislang fortschrittslosen Oslo-Prozesses durch die einseitige Auflösung der Autonomiebehörde (PA) und die Übergabe aller Agenden an die israelische Okkupationsmacht wurde auch schon von Präsident Abbas angedeutet.

Die Massenproteste, die Israel von Juli bis September 2011 erlebte, sind – anders als jene in den arabischen Staaten – in erster Linie als Sozialproteste zu bewerten. Ein kausaler Konnex zu den Umwälzungen in der Region ist nicht ersichtlich.

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS,
Roßauer Lände 1,
1090 Wien

Redaktion:
BMLVS, Landesverteidigungsakademie Wien,
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteure:
Wolfgang Mühlberger,
Christian Wurzer

Erscheinungsjahr:
2012

Druck:
HD DruckZ-ASt Stift
xxxx/11

Zunehmende regionale Isolierung

Israels

Das Verhältnis zur Türkei – welche in den 90er-Jahren zum strategischen Partner Israels avancierte – hat sich bereits vor dem *arabischen Frühling* merklich abgekühlt. Tendenziell sind ein stärkeres Engagement der Türkei in der Region und intensivere Beziehungen zu den arabischen Staaten zu beobachten. Israel hingegen wird in der türkischen Bevölkerung zunehmend negativ wahrgenommen. In absehbarer Zeit ist eine Verbesserung der Beziehungen zur Türkei weder politisch noch militärisch zu erwarten.

Mit der Verschlechterung der türkisch-israelischen Beziehungen und dem Sturz Mubaraks ist erstmals seit Bestehen des Staates Israel keine einzige der drei Regionalmächte – Türkei, Iran (vor 1979) und Ägypten – als Partner Israels auszumachen. Saudi-Arabien, die vierte bedeutende Regionalmacht, fühlt sich ob des israelischen Ignorierens der Arab Peace Initiative (API) *vor den Kopf gestossen*. Lediglich die USA und zu einem gewissen Grad europäische Akteure können als verlässliche Stützen Israels betrachtet werden. Der westliche Einfluss in der Region, insbesondere der USA (infolge der Irakinvasion), nimmt jedoch ab.

Der von den USA tolerierte Sturz Hosni Mubaraks wurde von den übrigen Verbündeten Washingtons (Jordanien, Golfstaaten) mit Ernüchterung wahrgenommen. Aufgrund der Unsicherheit über die Unterstützung durch die USA werden diese Staaten künftig versuchen, eigenständiger zu agieren, was den Einfluss Washingtons reduzieren würde. Aufgrund des angespannten Haushalts und des Wahljahres sind die USA derzeit weder willens noch in der Lage, mittels wirtschaftlicher und/oder militärischer Unterstützung Einfluss auszuüben. Ähnliches gilt für die EU, welche aufgrund der Inkohärenz der einzelstaatlichen Positionen und mangels einer einheitlichen außenpolitischen Linie in ihren Möglichkeiten limitiert ist.

Résumé und Ausblick

- Israel sieht sich in seinem Umfeld mit zunehmender Ablehnung konfrontiert.
- Die arabischen Staaten werden ihre Politik künftig stärker entlang der herrschenden öffentlichen Meinung ihrer anti-israelisch eingestellten Bevölkerungen ausrichten und in Ermangelung einer Lösung der Palästinafrage Kooperationen mit Israel vermeiden.
- Trotz eines gewissen Zurücktretens des israelisch-palästinensischen Konflikts im öffentlichen Diskurs in den arabischen Staaten wird der Konflikt weiterhin zur öffentlichen Mobilisierung instrumentalisiert werden – insbesondere von den Parteien des politischen Islam.
- Der Sturz des ägyptischen Regimes hat Auswirkungen auf die israelische Sicherheitslage, insbesondere an seiner Südwestflanke. Eine externe Vermittlung könnte in der Sinai-Frage von Nutzen sein.
- Eine Verschlechterung der Sicherheitslage in der Region kann durch eine Eskalation der Lage in Syrien (z.B. Staatszerfall und Dschihadismus) eintreten und auch die fragile Stabilität des Libanon an ihre Grenzen führen – mit negativen Konsequenzen für Israel.
- Durch den *arabischen Frühling* wurde die Zementierung der Positionen im Friedensprozess Israels mit den Palästinensern verstärkt. Beide Seiten warten den Ausgang der regionalen Umbrüche ab, wobei die palästinensische Position tendenziell gestärkt werden dürfte.
- Die Gefahr einer unilateralen Auflösung der PA aufgrund mangelnder Fortschritte im Friedensprozess steht im Raum und würde das endgültige Scheitern des Oslo-Prozesses bedeuten.
- Neben den Auswirkungen des *arabischen Frühling*s wird – vor dem Hintergrund der ungeklärten Frage des iranischen Atomprogramms – die israelische Doktrin der nuklearen Abschreckung (Samson-Doktrin) weiterhin ein zentrales Element der israelischen Sicherheitspolitik bilden.